Ausgabe für Berlin und Umgegend.
Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter: Jeden Montag „Zeitgeist", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag u. Sonntag illustr. Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustr. Witzblatt „ULK", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- u. Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands u. der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzb. d. d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Durch die Post viertelj. 6 M. exkl. Zustellungsgebühr. Ausland exkl. Postaufschlag; für Groß-Berlin monatl. 2.10 M., viertelj. 6.30 M. frei ins Haus. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 8 M., fürs Inland 5.20 M. In Berlin abonniert man bei der Hauptexped. SW 19, Jerusalemer Str. 46-49, Fernspr. Amt Zentrum, Nr. 10131-10142, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile 90 Pf. („General-Anzeiger" 60 Pf., „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.). Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW19, Jerusalemer Str. 46-49 und deren Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Prinzenstr. 41; Rathenower Str. 3; Schiffbauerdamm 4; Gr. Frankfurter Str. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Prenzlauer Allee 54; Schulzendorfer Str. 27; Badstr. 55; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 90; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstraße 98/99; in der Provinz: Brandenburg a. H.: Steinstraße 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstraße 5; Potsdam: Brandenburger Straße 23; Spandau: Breite Straße 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Nr. 639
42. Jahrgang

Mittwoch
17. Dezember 1913

Hierzu die Wochenbeilage Technische Rundschau No. 51.

Der neue Militäretat.

Gesamtkosten des Etats und der Rüstung. — Ersparnisse sind möglich. — Bekleidungsfrage. — Wo bleibt die Denkschrift über Intendanturreform? — Aussichten des Etats.

III.

Die Forderungen des neuen Militäretats gründen sich auf frühere Gesetze und neue Bedürfnisse. Ein Teil von ihnen ergibt sich zunächst aus der „organischen Fortentwicklung" des Heerwesens: „Neue Maßnahmen" und solche „aus Anlaß der Heeresverstärkungen von 1911/12 und 1913 (Wehrvorlage)" finden sich neben Forderungen, die auf die „dauernde Festlegung der zweijährigen Dienstzeit" zurückgreifen, und neben „Ergänzungen", die sich aus dem allmählichen Inkrafttreten der Heeresverstärkung von 1913 herleiten. Dazu kommen dann noch „Erhöhungen im Gehalt und in Zulagen", „Veränderungen der bisherigen Ansätze" (Preisverhältnisse) und „sonstige besondere Bedürfnisse". Das Ganze gleicht, wie immer, einem großen Preisrätsel mit der Ueberschrift: „Suchet, so werdet ihr — nicht finden", nämlich, wo die Ersparnismöglichkeiten stecken.

Ich erwähnte schon in den ersten Artikeln über den neuen Militäretat, daß der Volksvertretung bei den überragenden Positionen des Etats die Hände gebunden sein werden, weil es sich um Konsequenzen aus früheren prinzipiellen Zustimmungen handelt. Es gibt aber doch noch manche Möglichkeit, die Gesamtsumme der Ausgaben für 1914 zu verkleinern. Zunächst einige Zahlen. Fortdauernde Mehransätze des ordentlichen Etats (ohne Bayern) finden sich in Höhe von 96 420 503 Mark, davon entstehen aber 82 857 528 Mark aus Anlaß der Wehrvorlage 1913; so daß aus anderen Begründungen nur 13 562 975 Mark restieren beziehungsweise neu hinzugekommen. Die Summe der einmaligen Ausgaben beläuft sich (ohne Bayern) auf 344 823 048 Mark gegen 580 599 957 Mark im Etat für 1913. Im außerordentlichen Etat finden sich wieder 12 700 000 Mark für Festungen. Zusammengefaßt ergeben sich reine Heeresausgaben (ohne Bayern): fortdauernde 871 805 789 Mark; einmalige 344 823 048 Mark; außerordentliche 12 700 000 Mark. Das sind 1 229 328 837 Mark im ganzen.

Es liegt also wohl eine dringende Veranlassung vor, nach Gelegenheit zum Sparen zu suchen, wenn auch die Quelle des Wehrbeitrags in der erwünschten Weise fließen sollte. Noch klarer tritt diese Notwendigkeit hervor, wenn wir berechtigterweise der obigen Summe die Kosten des Reichsmilitärgerichts, des Gnadenfonds (zum Teil), der Pensionszuschüsse, der Invalidenunterstützungen und Beihilfen für Kriegsteilnehmer, des Allgemeinen Pensionsfonds, der Ehrenzulagen, der Beihilfe für ehemalige französische Militärpersonen, der Invalideninstitute, der Versorgungsgebührnisse, der Rayonentschädigungsgelder und der Familienunterstützungen für Eingezogene hinzurechnen. Dann stellen sich unsere mittelbaren und unmittelbaren Heereskosten für 1914 auf rund 1 380 400 000 Mark (ohne Bayern). Kommt die Quote an Bayern dazu, so erreichen wir den Betrag von rund 1 533 000 000 Mark. Hierbei sind absichtlich fortgelassen alle Kosten, die aus den Schutztruppen und den kriegerischen Expeditionen nach Ostasien erwachsen und welche die Marine uns auferlegt. Wollten wir auch diese Kapitel der verschiedenen Etats heranziehen, so stellen sich die Rüstungsausgaben einschließlich der Lasten früherer Militär- und Marinepolitik auf rund 2 Milliarden Mark.

Wenn nun liberale Politiker überall sachlich prüfen und da, wo sich die Möglichkeit von Streichungen ergibt, zugreifen wollen, so tun sie gut, ihr Augenmerk zunächst auf die Herabsetzung der geforderten 114 Millionen Baukosten zu richten. Die prinzipielle Zustimmung zur letzten Heeresvermehrung involviert die restlose Ausgabe dieses Betrages nicht unbedingt. Die Reisekosten, die aus den geplanten Neubauten entstehen, lassen sich verringern. Neubaufonds werden bei den provinzialen Intendanturen gern als „frisch melkende Kühe" angesehen, und die Reisespesen beziffern sich an jeder Amtsstelle auf viele tausend Mark. Der Intendant, der Intendanturrat, der Baurat und der Garnisonbaubeamte besuchen ausgiebig ihre Neubauten. Das Kriegsministerium wies schon wiederholt auf eine etwaige Einschränkung dieser Reisekosten hin, doch ist man allerorten höchst erfinderisch in neuen Reisegründen. Eine Abhilfe kann nur in der Festsetzung einer bestimmten Anzahl von Reisen für die erwähnten Beamten erblickt werden, ebenso wie die höheren Truppenbefehlshaber in dieser Richtung beschränkt sind. Ferner die Bauleitungskosten. Sie sind bei der Heeresverwaltung ganz ungeheuer. Besser überlegte Entwürfe würden auch die unendlich oft später nötigen Neu- und Umbauten vermeiden lassen. Hier liegt das Teuere einer solchen Ueberhastung der Entschlüsse, wie sie im letzten Sommer platzgriff. Darum wäre uns eine Bevorzugung des Provisoriums in Unterkunftsfragen um Millionen billiger gekommen. Auch die bessere Auswahl der Bauplätze könnte wohl hier und da die teuere Erdbewegung überflüssig machen. Ein Nachgeben gegenüber den Wünschen der Truppen dürfte, wenn Verteuerung dadurch entsteht, nicht vorkommen.

Die Notwendigkeit, Ersparnisse zu machen, läßt auch die beantragte Erhöhung der allgemeinen Unkosten nicht angängig erscheinen. Die als Motiv angeführten Einzelheiten mögen an sich nicht ungerechtfertigt sein, es läßt sich aber auf manches verzichten, was jetzt dem Kapitel 24 Tit. 15 zur Last fällt. Der Reichstag verlange Spezialisierung. Er wird einige Beschaffungen streichen können. Es handelt sich um rund 537 000 Mark für Preußen, Sachsen und Württemberg. Der Plan, den Stall- und Geschäftszimmerservis fortfallen zu lassen und ihn durch Stallgeld und Geschäftszimmermiete zu ersetzen, wird sich wohl nicht verwirklichen lassen. Die Mehrkosten, etwa ¾ Millionen, stellen eine neue Zuwendung dar, die an Kommandeure und rationsberechtigte Offiziere gegeben werden soll. Der Reichstag wird für eine solche Gehaltsaufbesserung jetzt schon recht gut dotierter Personen nicht zu haben sein. Beim Uebungs-Unterrichtsfonds der Verkehrstruppen sind gegen 1913 mehr angefordert 3 125 776 Mark und für „Beschaffungen und Versuche" 10 175 800 Mark. Betrifft es auch das verkehrstechnische Gebiet, für das im Reichstag Vorliebe besteht, so soll doch dieser „Wald- und Wiesenfonds" — wie man ihn von „Wissenden" nennen hört — ausdrücklich der Prüfung des Parlaments empfohlen sein.

Bei dem Mehr an Abfindung für Bekleidung und Ausrüstung (rund 535 000 Mark) empfiehlt sich, eine klare Stellungnahme des Ministeriums herbeizuführen über die Verwendbarkeit und Güte des jetzigen feldgrauen Tuches. In letzter Session vernahm man rätselhafte Worte der Heeresverwaltung, die auf eine Bemängelung der Felduniform hinausliefen und eine permanente doppelte Tuchwirtschaft (blau und grau) ahnen ließen. Und schon läßt sich offiziös ein vielseitiger Militär- und Romanschriftsteller hören und bemängelt die „Armee in Grau". Seine „Sorgen" widerlegt zwar zum Teil der als vorzüglicher Praktiker bekannte General der Artillerie z. D. Kuhn, aber auf rein Praktisches scheint es gewissen Stellen weniger anzukommen als auf das Dekorative. Diesen kostspieligen Bestrebungen müßte entgegengewirkt werden.

Ich habe mich schon im Prinzip nicht gegen eine Vermehrung der Mitgliederzahl bei den Intendanturen ausgesprochen. Doch sollte der Reichstag keine Gelegenheit vorübergehen lassen, sich nach der schlafenden „Denkschrift" zu erkundigen und ihre endliche Geburt, die seit 1909 beschlossene Sache ist, zu fördern. Der Kriegsminister v. Heeringen gab schon 1911 die Reformbedürftigkeit der Intendantur zu und setzte eine „Vereinfachungskommission" ein. Sitzt die immer noch? Oder ist sie inzwischen verstorben? Auch darüber muß man sich reinen Wein einschenken lassen, ob die 11 außeretatsmäßigen Intendanturassessoren, als billige Arbeitskräfte eingestellt und aus der Pauschsumme besoldet, nicht etwa über Nacht sich zu etatsmäßigen auswachsen. Vor allem aber darüber, ob, wie es heißt, die dem Offizierstande entnommene Mitgliederzahl stetig mehr zugunsten des Juristentums zusammenschrumpft. Das würde das Gegenteil von einer Reform bedeuten.

Die Aussichten des vorliegenden Militäretats sind nicht gerade glänzend. Finanzlage, Wehrbeitragsschmerzen, dilatorische Behandlung der Reformwünsche des Reichstags und schließlich — Zabern werden ihm manche Gegnerschaft erwachsen lassen. Darf man die Worte des bayerischen Ministerpräsidenten, daß auf Jahre hinaus Ruhe in den Rüstungen eintreten müsse, auch in der Hauptsache als gegen die Umtriebe des Wehrvereins gerichtet ansehen, so liegt doch vielleicht auch eine Absage an die Mehrforderungen des Etats darin, soweit sie nicht lediglich Konsequenzen früherer Gesetze sind. Niemals aber darf der Reichstag sich auf Einstellung der für offene Städte wieder geforderten Kommandanturen in Darmstadt, Karlsruhe und Dresden einlassen, will er jemals seinem Willen zur Sparsamkeit Geltung verschaffen. Major a. D. E. Moraht.

Kein Besuch Churchills in Berlin.

Der Marineminister dementiert.

Die aus offiziöser englischer Quelle stammende und auch vom Wolffschen Bureau verbreitete Meldung von einem bevorstehenden Besuche Churchills in Deutschland, die übrigens auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gestern abend in ihren Hof- und Personalnachrichten brachte, wird jetzt von Churchill selbst dementiert. Wir erhalten das folgende Privat-Telegramm:

London, 16. Dezember.

Der Marineminister Churchill hat dem Reuterschen Bureau mitgeteilt, daß die Meldung, er werde mehrere Wochen in Deutschland verbringen, gänzlich unbegründet sei.

Die Meldung, Churchill werde am Freitag nach Paris reisen, die gleichzeitig mit der Ankündigung des angeblichen Besuchs Churchills in Deutschland kam, wird in diesem Telegramm nicht dementiert. Auch in Paris lag, wie uns unser Pariser VA-Korrespondent telegraphiert, gestern bis zum späten Abend kein Dementi der Reise Churchills nach Paris vor.

Der englische Vermittlungsvorschlag in der Inselfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

VA **Paris**, 16. Dezember.

Nach den Telegrammen, die hier einlaufen, wird die Note Englands über die albanische und die Inselfrage von den Mächten günstig aufgenommen. Der Ministerpräsident Doumergue hat in Beantwortung der Note alle französischen Botschafter angewiesen, Englands Schritt energisch zu unterstützen. Selbst in Italien, das durch Englands Vorgehen am direktesten betroffen werde, soll man angeblich der Note keinen schlechten Empfang bereitet haben. Doch hat Marquis di San Giuliano erklärt, daß er sich zuerst mit den anderen Mitgliedern der Regierung besprechen müsse. Auch will das „Journal des Débats" erfahren haben, Deutschland werde vielleicht in der Inselfrage bei der italienischen Regierung vermitteln.

Paris, 16. Dezember. (Amtlich.)

Frankreich hat sich dem englischen Vorschlag betreffend Albanien und die Inseln angeschlossen.

*

Die **deutsche Regierung**, der der englische Vermittelungsvorschlag am 13. Dezember übermittelt wurde, hat, wie wir erfahren, eine Entscheidung bisher nicht getroffen. Sie soll erst erfolgen, bis der Meinungsaustausch abgeschlossen ist, der in dieser Frage mit Wien und Rom eingeleitet wurde.

San Giuliano über die Weltmachtpolitik Italiens.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 16. Dezember.

Der Minister des Aeußern Marquis di San Giuliano hat heute dem Abgeordnetenhause ein eingehendes Exposé über die auswärtige Politik Italiens gegeben, und seine Ausführungen sind mit einem Beifall aufgenommen worden, wie keine seiner bisherigen Reden. Gegen alles Erwarten ließ auch die äußerste Linke heute den Minister, fast ohne Lärm und Zwischenrufe sprechen. Zuerst beschäftigte sich Marquis di San Giuliano ausführlich mit den immer noch so delikaten Beziehungen zu Oesterreich, und es klang wie eine Mahnung an die Adresse des Wiener Kabinetts, als San Giuliano erklärte, daß kein italienisches Ministerium jemals eine auswärtige Politik treiben könne, die nicht von der Mehrheit des Parlaments und des Landes gebilligt und gewünscht werde. Stürmischer Beifall ertönte nach diesen Worten im ganzen Hause. Die Kammer klatschte aber auch warmen Beifall, als San Giuliano erwähnte, daß Oesterreich die erste Macht war, welche die Zugehörigkeit Libyens zu Italien anerkannte. San Giuliano schloß, wieder unter tosendem Beifall, mit der Erklärung, daß die Zeiten endgültig vorüber seien, da Italien als Aschenbrödel beiseite stand, während die anderen Mächte ihre Weltpolitik trieben.

Nach San Giuliano sprach der Ministerpräsident **Giolitti**. Seine Rede verdient hauptsächlich wegen der Stellung Erwähnung, die Giolitti zu den klerikalen Fragen einnimmt. Der Ministerpräsident lehnte, wie vorauszusehen war, ganz entschieden allzu weitgehende Reformen hinsichtlich der Ehescheidung und der Ordensgesetze ab, dagegen verstand sich Giolitti klugerweise zu einer kleinen platonischen Konzession an die Radikalen, indem er für eine Ueberordnung der Zivilehe über die kirchliche Ehe eintrat. Natürlich handelt es sich hier um keinerlei Schritt gegen den Vatikan, wenngleich der Vatikan formell Protest erheben wird.

Die Rede San Giulianos.

Italiens Mittelmeerpolitik. — Die Inselfrage.

In seiner Rede über die auswärtige Lage Italiens ging Marquis di San Giuliano, wie uns ein weiteres Telegramm aus Rom meldet, zunächst von einer Schilderung der allgemeinen politischen Lage aus. „In diesem Augenblick," sagte der Minister, „da eine der größten internationalen Krisen, welche die Geschichte verzeichnet, noch nicht vollständig überwunden ist, schweben zahlreiche wichtige Fragen, und zahlreiche wichtige Interessen unseres Landes und anderer Länder stehen auf dem Spiel, und einige dieser Interessen stellen dringende Lebensinteressen dar. Demgemäß kann keine dieser Fragen für sich allein behandelt und gelöst werden. Die zwei schwebenden Fragen, die Lebensinteressen für Italien berühren, sind die der Abgrenzung Albaniens und die des östlichen Mittelmeeres. Speziell die Frage der albanischen Südgrenze, die direkt das Gleichgewicht, die Freiheit und Sicherheit in der Adria berührt, bedeutet für Italien und Oesterreich-Ungarn ein identisches Lebensinteresse, und die beiden Mächte sind gleichmäßig und solidarisch entschlossen, dieses Interesse zu wahren. Für die anderen Großmächte hat diese Frage ein sekundäres Interesse. Wir haben daher Grund zu glauben, daß dank dem Geiste der Versöhnung und dem einmütigen Wunsch nach Frieden, der alle Großmächte beherrscht, Italien und Oesterreich-Ungarn ihre berechtigten und billigen Forderungen verwirklicht sehen werden. Während der ganzen langen Orientkrisis war der Dreibund immer einträchtig, und der eminent friedliche, defensive und

ohne jede Aenderung erneuerte Dreibund

bildet die solide und sichere Grundlage unserer ganzen auswärtigen Politik. Unsere Beziehungen zu Deutschland sind so intim, warm und herzlich, wie man nur wünschen kann. Unsere Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn waren ebenfalls während der ganzen Balkankrisis intim und sind es heute noch.